

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Geschäftsleiter:
Erich Mühlhagen, Berlin.
Telefon: **Min. Dienst 4196/4198**



Redaktion: Nr. 2, Tag und Nacht:
Berlin G2 61, Zehn. Wilhelm-Platz 8
Druckort: Gropius

Die Zeitung erscheint im Gropius-Verlag.
Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Zusicherungen gültig. Änderungen telegrafisch 4 Wochen
vor dem Erscheinen, wenn nicht anders vermerkt ist. Gropius-Verlag für alle Teile & Berlin.

Berlin, den 27. Jan. 1933.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

Schleicher - Papen - Hitler ?

Reichstag am Dienstag - Aber wer macht das Rennen?

SPD. Der Reichstag tritt am Dienstag zusammen, um die seit langem fällige Regierungserklärung entgegenzunehmen. So hat der Ältestenrat am Freitag beschlossen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte Präsident Göring dem Ältestenrat ein Telegramm der mitteldeutschen Industrie zur Kenntnis, in dem die Mahnung ausgesprochen wurde, im Interesse der Wirtschaft alles zu tun, um weitere politische Beunruhigung zu verhindern. Dann richtete er die mit stiller Heiterkeit aufgenommene Frage an die Fraktionsvertreter, ob jemand eine nochmalige Veränderung des Termins vorschlage, und als keiner dieses Odium auf sich nehmen wollte, verkündete er, dass es bei dem 31. Januar bleibe. So weit waren wir also.

Es sollen am Dienstag zunächst ohne Debatte eine Anzahl von sozialpolitischen Abmachungen mit dem Ausland erledigt werden. Dann soll der Reichskanzler das Wort zu einer Erklärung nehmen. Der Beginn der Aussprache, für die jeder Fraktion drei Stunden zur Verfügung stehen sollen, und in der für die Sozialdemokratie als erster Lobe spricht, ist auf Mittwoch, den 1. Februar 2 Uhr festgesetzt. Die Kommunisten blieben mit ihrem Antrag, nur die Abstimmung über die Misstrauensanträge vorzunehmen, allein. Selbstverständlich werden die von Sozialdemokraten und Kommunisten eingebrachten Misstrauensvoten ebenso wie eine Reihe von anderen Anträgen mit der Aussprache verbunden.

Mit der endgültigen Festsetzung des Beginns der parlamentarischen Arbeit ist nun aber noch keineswegs politische Klarheit geschaffen. Wir sprechen nicht von der immer noch vorhandenen Möglichkeit einer Vertagung des Reichstags vor der Abstimmung über die Misstrauensvoten. Viel brennender ist eine andere Frage. Der gegenwärtige Reichskanzler von Schleicher wird den Reichspräsidenten am Sonnabend-Mittag ersuchen, ihm für den so gut wie feststehenden Fall, dass die Regierung keine Mehrheit findet, die Auflösungsordre zur Verfügung zu stellen. Wird Herr von Hindenburg diesem Ersuchen entsprechen? Personen und Stellen, die gut unterrichtet sein könnten, sagen nein. Dann würde der Reichskanzler seinen Rücktritt erklären und an seiner Stelle würde berufen werden - ja wer? Hitler, Papen, Schacht oder wer sonst aus dieser Kumpanie?

Auch am Freitag-Nachmittag wurde wieder einmal aufs bestimmteste versichert, dass das Kabinett der Harzburger Front unter der Führung Papens und mit Billigung Hitlers unmittelbar vor der Tür stehe. Aber gleichzeitig erklärten die Nationalsozialisten, dass Adolf Hitler seinen Anspruch auf die Führung und auf die politischen Schlüsselstellungen (Reichswehr und Reichsinnenministerium) nach wie vor aufrechterhalte.

Nun vermag man sich schwer vorzustellen, dass Hindenburg, wenn er schon an sich bereit sein sollte, den unseligen Papen zurückzuberufen, so verblendet sein könnte, diesen Mann mit der Leitung einer Regierung zu betrauen, die

nicht einmal der Unterstützung der Nationalsozialisten sicher wäre. Der Sturm der Empörung, dem der Herrenreiter vor zwei Monaten weichen musste, würde in verzehnfachter Gewalt wiederkehren.

Es bliebe die andere Lösung: die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Indessen möchten wir einstweilen nicht annehmen, dass der Reichspräsident seine im November so nachdrücklich vertretene Auffassung, es könne an der Spitze eines Präsidialkabinetts kein Parteiführer stehen, aufgegeben habe. Daher wäre es denkbar, dass Schleicher durch die Uneinigkeit der Harzburger zunächst noch einmal gerettet würde. Doch um welchen Preis? Es heisst, dass der Reichskanzler nicht nur die Auflösungsordre, sondern auch die Notverordnung für eine Hinausschiebung der Neuwahlen über die verfassungsmässige Frist hinaus verlange. Man nennt eine solche Massnahme nicht mehr Verfassungsbruch! man vermeidet auch das Wort vom staatlichen Notstandsrecht, sondern man hat neuerdings die harmlos-schöne und beruhigende Bezeichnung "Burgfriede" gefunden.

So stehen wir vor einer ganzen Reihe von Möglichkeiten, zu denen auch noch die einer Auflösung des Reichstags vor seinem Zusammentritt kommt. Sie alle sind im Grunde genommen in gleicher Weise alarmierend. Sie alle erfordern insbesondere von der Arbeiterschaft angespannteste Aufmerksamkeit und eine kampfentschlossene Vorbereitung für kommende Dinge.

Gewissheit über das was werden wird können erst die nächsten Tage bringen, aber schon heute sind einige Feststellungen möglich und notwendig. Die eine, dass keine Regierung, so wenig zur Beruhigung des Landes beiträgt, keine auch so wenig Autorität besitzt, wie die, die sich mit dem Beiwort autoritär schmückt. Die zweite, dass sich an Herrn v. Schleicher, dem Mann der vordem der Regisseur des Spiels hinter den Kulissen war, wieder einmal das Wort be wahrheitet, nach dem sich alle Schuld auf Erden rächt. Und die dritte endlich, dass, welche Regierung auch immer den frevelhaften Mut aufbringt, den Konflikt mit Volk und Volksvertretung herbeizuführen, sie auf den Widerstand im Land stossen wird. Sie wird für die unausbleiblichen furchtbaren Folgen im Inneren wie in der Aussenpolitik die Verantwortung tragen.

SPD. Köln, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

In der 43. Jahreshauptversammlung der Rheinischen Landwirtschaftskammer in Bonn wurden gegen die Reichsregierung und besonders gegen den Kanzler Schleicher sehr scharfe Töne geredet.

Der Präsident der Kammer Freiherr von Lüninck sprach von einer Wirtschaftsführung der Reichsregierung, die zum Verfall der gesamten Volkswirtschaft führt und den Untergang des deutschen Bauerntums und den Bolschewismus im Gefolge haben müsse. Dafür trage von Schleicher allein die Verantwortung. Für die Landwirtschaft könne ein Zeitpunkt kommen, in dem man die eigenen Interessen schätze als die formellen Bestimmungen der Gesetze.

Der Gutsbesitzer Scholten aus Xanten meinte, wenn es nicht anders gehe, dann solle man mit Gewalt die der Landwirtschaft zustehenden Rechte erzwingen und wenn der Kampf losgehe, dann werde rücksichtslos marschiert. Landwirt Heinemann aus Neuwied erklärte, besser ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Der Reichslandwirtschaftsminister von Braun habe nicht gehalten, was er versprochen habe, darum: runter mit ihm vom Throne. Im übrigen habe nichts mehr zu verlieren, wenn man eingesperrt würde.

Zahlreiche Behördenvertreter, u.a. der Oberpräsident und der Landesmann der Rheinprovinz waren Ohrenzeugen der Hetze gegen Schleicher, ohne dass sich einer von ihnen gegen die provokatorischen Reden gewandt hätte.

SPD. Dresden, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Entgegen dem sozialdemokratischen Antrag, die Landtagsdebatte über die blutigen Ereignisse in Dresden am Freitag fortzusetzen, hat Landtagspräsident Eckardt die nächste Landtagssitzung erst zum 31. Januar einberufen. Der deutsche nationale Präsident hat dadurch auch dem Rechtsausschuss die Möglichkeit genommen, sich rechtzeitig mit der Blutnacht und ihren strafrechtlichen Folgen zu beschäftigen.

SPD. Im Preussischen Landtag hat die Sozialdemokratische Fraktion gegen die Kontingentierungspolitik der Reichsregierung folgenden Antrag eingebracht:

"Die zollpolitischen und Kontingentierungsmassnahmen der Reichsregierung haben den von der Landwirtschaft erhofften Absatz nicht gebracht. Die erwünschte Absatzsteigerung landwirtschaftlicher Erzeugnisse wird erst gesichert sein, wenn diese Erzeugnisse den notleidenden Massen durch Reichsunterstützung zugeführt werden. Nur ein Teil der grossen Mittel aus der Osthilfe, die dem unheilbaren Grossgrundbesitz zur "Sanierung" fortgesetzt zugeführt werden und deren Verwendung heute zu einem öffentlichen Skandal geworden ist, würde ausreichen, um allen Unterstützungsempfängern neben ihrer geldlichen Unterstützung eine Zusatzunterstützung von Brot, Milch, Fleisch, Butter usw. zu gewähren. Die Notwendigkeit einer solchen Massnahme bedarf bei der Unterernährung und sich steigernden Verelendung unseres Volkes, das bei den zum Bersten gefüllten Scheunen, Viehställen, Lägern und Läden darben muss, keiner weiteren Begründung.

Der Landtag wolle daher beschliessen das Staatsministerium zu ersuchen, auf die Reichsregierung einzuwirken, allen Unterstützungsempfängern, um diesen und der Landwirtschaft wirklich zu helfen, zusätzlich Fleisch, Brot, Butter, Milch usw. zu gewähren, und die Mittel hierzu aus der Osthilfe zur Verfügung zu stellen."

SPD. Gera, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Der hiesige Nazi-Amtsgerichtsrat Dr. Lehmann musste als Vorsitzender des Geraer Schnellgerichts seinen Pg. und SA-Mann Schürer wegen fortgesetzten Betrugs zu drei Monaten Gefängnis verurteilen.

Schürer hatte sich eine feine SA-Uniform zugelegt, wohnte im besten Hotel, und sammelte bei den reichen Pgs von Gera und Greiz namhafte Summen "für die armen SA-Leute". Das Geld verbubelte er. Als ihn der Nazirichter in der Verhandlung nach dem Grund seiner grossen Betrügereien und Hochstapeleien fragte, antwortete der Angeklagte: "Warum sollen nur unsre Bonzen gut und fett leben?"

SPD. Dresden, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Amtlich wird zu den blutigen Vorgängen im Keglerheim in Dresden mitgeteilt, dass auf Antrag der Staatsanwaltschaft eine gerichtliche Augenscheinnahme durch das Amtsgericht Dresden im Saale des Keglerheims veranlasst worden ist, die unter Zuziehung eines beeidigten Schiessachverständigen stattgefunden hat. Danach sind mehrere Geschosseinschläge am Podium und auf der Fussboden des Saales festgestellt worden. Bei einem dieser Schüsse ist mit Sicherheit festzustellen, dass er aus der Richtung der rechten Ecksäule des Balkons abgegeben worden ist. Es handelt sich um einen Schuss aus einem Revolver alterer Konstruktion, Kaliber 11 mm, dessen Einschlag sich im Parkett des Saales am Fussboden befindet."

SPD. Oslo, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Die norwegischen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften haben vereinbart alle geltenden Tarife bis zum Jahre 1935 zu verlängern. Die Arbeitgeber haben zugleich auf die bisherigen automatische Tarifregulierung durch den Lebensmittelindex verzichtet.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstags befasste sich am Freitag mit den Anträgen über Arbeitsbeschaffung und die Aufhebung der Notverordnung vom 4. September wegen der Einführung von Steuergutscheinen.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Reinhardt meinte, die Ausgabe von Steuergutscheinen müsse an den Nachweis einer eingeleiteten Arbeitsvermehrung geknüpft werden und die Auszahlung in bar erfolgen. Die Behauptung, dass diese "Arbeitswechsel" eine neue Inflation einleiten, sei falsch. Auch die Nationalsozialisten wollten keine uferlose Ausdehnung des Zahlungsmittelumschlufs (Zuruf: Federgeld!).

Ministerialdirektor Dr. Brecht wies namens der preussischen Staatsregierung darauf hin, dass das Arbeitslosenproblem nicht ohne eine bessere Verteilung der vorhandenen Arbeit gelöst werden könne. Die Arbeitsbeschaffung allein sei nicht geeignet, die hohen Unterstützungs-Ausgaben zu ersparen. Zur Arbeitsbeschaffung müsse die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit hinzutreten. Das habe die preussische Staatsregierung bereits in dem Schreiben des Ministerpräsidenten Braun vom 30. April 1932 der Reichsregierung mitgeteilt, ein Schreiben, das der Redner als das politische Testament der preussischen Staatsregierung bezeichnet.

Abg. Dr. Hertz (Soz) stellt fest, dass von den Versprechungen Papens, in wenigen Monaten einhundertviertel Millionen Arbeitslose in Arbeit zu bringen, fast nichts erfüllt worden sei. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen täusche über die tatsächliche Schwere der Situation hinweg. Die Statistik umfasse nur einen Teil der Arbeitslosen. Während Ende September 1929 rund 20,4 Millionen Arbeitnehmer gezählt worden seien, wären es im September 1932 nur noch 18,2 Millionen gewesen. Mehr als zwei Millionen Menschen seien aus der Statistik einfach verschwunden. Die Arbeitslosigkeit erfasse also nicht sechs Millionen Menschen, sondern $7\frac{1}{2}$ bis $8\frac{1}{2}$ Millionen. Die Regierung müsse endlich Auskunft darüber geben, wie gross die Zahl der Arbeitslosen sei, den ihnen der versicherungsmässige Anspruch auf Unterstützung entzogen worden sei und wie viele Wohlfahrtsempfänger nicht mehr als Arbeitslose gezählt würden, weil sie älter als 60 Jahre seien.

Die Privatwirtschaft - so führt Hertz fort - ist nicht fähig, die Wirtschaftskrise zu überwinden. Die öffentliche Arbeitsbeschaffung ist unerlässlich. Die von der Regierung über den Umfang der Arbeitsbeschaffung gemachten Zahlenangaben sind übertrieben. Hier waltet ein Zweckoptimismus, der falsche Hoffnungen erweckt und zu Enttäuschung und zu Erbitterung führt. Man hat über die Arbeitsbeschaffung bisher mehr Reden gehört als Taten gesehen. Das gilt zum Teil auch von dem Gerekeplan. Gewiss sind die Mittel knapp, aber notwendiger ist ihre zweckmässige Verwendung, damit aus ihnen neue Arbeit entsteht. Soweit die bisherigen Regierungen Arbeitsbeschaffung betrieben haben, machen sie nur zum Teil wieder gut, was eine wahnwitzige Agrar- und Handelspolitik an neuer Arbeitslosigkeit geschaffen hat. Arbeitsbeschaffung ist nur erfolgreich im Rahmen einer auf die Steigerung der volkswirtschaftlichen Ergiebigkeit gerichteten Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sie muss auch ohne neue Geldschöpfung geschehen. Die sozialdemokratischen Pläne für die Arbeitsbeschaffung schlagen die Finanzierung durch eine Prämienanleihe vor, damit ein Teil der Noten dem Verkehr zugeführt wird. Auf diesem Wege kann man die Arbeitsbeschaffung auch umfangreicher vornehmen als die Reichsregierung es

plant. Muss man mit einer Massenarbeitslosigkeit als einem Dauerzustand rechnen, weil die technische Entwicklung Millionen Arbeitskräfte freigesetzt hat, so ist die bessere und gerechtere Verteilung der vorhandenen Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich unerlässlich.

Schliesslich beschäftigte sich Hertz mit der rein steuerlichen Bedeutung der Steuergutscheine. Es sollen künftig nur Besitzsteuern ermässigt werden. Das sei umso weniger erträglich, als die Massenbelastung in den letzten Jahren ungeheuer gestiegen sei: Der Anteil der Zölle und Verbrauchssteuern z.B. am Gesamtsteuerertrag von 32 Prozent im Jahre 1928 auf 41 Prozent im Jahre 1932. Die Massensteuern in den Ländern und Gemeinden hätten in den Jahren 1928 bis 1931 um fast 700 Millionen zugenommen. Sie seien inzwischen weiter gestiegen. Der Anteil der Lohnsteuer an der Einkommensteuer, der im Jahre 1928 = 38 Prozent betragen habe, sei 1932 auf 60 Prozent angewachsen. Es habe noch nie eine Finanzpolitik gegeben, die so einseitig und unsozial sei wie die jetzige. Die Grundvermögensteuer, die zum Teil von den Mietern gezahlt werde, werde den Hausbesitzern durch Steuergutscheine erlassen. Dies sei ein besonders krasser Fall, weil hier die Möglichkeit gegeben wäre, durch Erstattung an die Mieter die hohe Miete in den Neubauwohnungen um mindestens 4-5 Prozent zu senken.

Reichskommissar Dr. Gereke wies den Einwand zurück, dass die öffentliche Arbeitsbeschaffung gegen die Interessen der Privatwirtschaft verstosse. Er sehe auch nicht die Gefahr von Fehlinvestitionen. Das Bedenken, dass Gemeinden von dem angebotenen Darlehn keinen Gebrauch machten, sei ungerechtfertigt. Die Voranmeldungen übersteigen die zur Verfügung stehende Summe um ein Vielfaches. Die Gemeinden würden auf alle Fälle entlastet, da in erster Linie Wohlfahrtserwerbslose für die Ausführung der Arbeiten eingestellt werden müssten. Von der Gesamtsumme von 500 Millionen seien für die Zwecke der Länder und Gemeinden 400 Millionen bestimmt, die neuerdings zur Verfügung gestellten 50 Millionen für Zwecke der Hausreparaturen würden ausserhalb des 500 Millionen Fonds finanziert. Von besonderer Bedeutung für den Erfolg des Sofort-Programms sei seine beschleunigte Durchführung, für die er sich mit allen Mitteln einsetzen werde.

SPD. Wien, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Hauptstadt Österreichs steht seit Freitag-Abend im Zeichen eines grossen Automobilstreiks, der den Verkehr der ganzen inneren Stadt lahmgelegt hat.

Die Wiener Taxiunternehmer und -Chauffeure verlangen schon seit längerer Zeit eine Milderung der Besteuerung des Taxi-Gewerbes. Um sie durchzusetzen, wurde am Freitag völlig unerwartet die Streikparole ausgegeben. Unternehmer und Chauffeure fuhren mit ihren Wagen in die innere Stadt, sodass die Hauptstrassen mit Automobilen angefüllt waren. Ein grosses Polizeiaufgebot versucht vergeblich, die Ordnung aufrechtzuerhalten und die Chauffeure zum Verlassen ihrer Blockadeplätze zu veranlassen. Am Nachmittag versuchten die Taxiunternehmer und -Chauffeure, Vertreter zu der Regierung zu entsenden. Die Behörden lehnten einen Empfang jedoch ab, worauf die Taxi-Besitzer beschlossen, die Blockade der inneren Stadt fortzusetzen. Die Regierung antwortete mit der Entsendung eines Militäraufgebots. Welche Folgen dieses Aufgebot haben wird, lässt sich im Augenblick noch nicht sagen.

SPD. Der zur Klärung der Missbräuche der Osthilfe eingesetzte Unterausschuss des Haushaltsausschusses des Reichstags hat in seiner ersten Sitzung nur seinen Arbeitsplan beraten.

Der Ausschuss beschloss, sich von den Fällen, die im Haushaltsausschuss

namentlich erwähnt worden sind, die Akten vorlegen zu lassen, um sich selbst ein einwandfreies Urteil zu bilden. Für die übrigen Fälle soll ein gemeinsames Gutachten vom Reichskommissariat für die Osthilfe und dem Rechnungshof des Deutschen Reiches angefordert werden. Ausserdem wurde beschlossen, eine namentliche Liste der 722 Grossgrundbesitzer vorlegen zu lassen, in der die Grösse des Gutes und die Höhe des zur Entschuldung aufgewandten Betrages angegeben ist.

Damit das Ergebnis der Arbeiten der Öffentlichkeit nicht zu lange vorenthalten wird, sollen dem Haushaltsausschuss Zwischenberichte erstattet werden. Zum Berichterstatter wurde Abg. Heinig (Soz) bestimmt. Die Vorlegung der Akten soll bereits in der nächsten Sitzung am Dienstag erfolgen.

SPD. Paris, 27. Januar (Eig. Drahtb.).

Léon Blum hat am Freitag-Vormittag während der Finanzdebatte in der Kammer eine Rede zur Finanzpolitik gehalten.

Blum kennzeichnete zunächst den Widerstand der gemässigten Rechtsparteien und die von ihnen im Lande entfesselte Kampagne gegen die von der Finanzkommission ausgearbeitete Finanzvorlage als ein politisches Manöver, das nur dazu bestimmt sei, die Radikalen von den Sozialisten zu trennen, um den Weg für eine Konzentrationsregierung freizumachen. Damit hat Blum, ohne den Namen Herriot auszusprechen, zugleich dem früheren Ministerpräsidenten einen Schlag versetzt; denn auch Herriot stand im Begriff auf eine Konzentrationspolitik hinzusteuern. Er hat sich, wenn auch nicht öffentlich, gegen die Haltung der radikalen Mitglieder des Finanzausschusses aufgelehnt und wollte versuchen, das Bündnis der Radikalen mit den Sozialisten zu zerstören. Herriot hat zu diesem Zweck eine Annäherung an Flandin gesucht, um die Linksrepublikaner und deren Nachbarparteien für sich zu gewinnen. Dieses Spiel hat Léon Blum durchkreuzt.

Der Sozialistenführer wies in seiner Rede ferner darauf hin, dass alle von den Sozialisten vorgeschlagenen Sanierungsmassnahmen den Beschlüssen der radikalen Kongresse entsprächen, und er warnte die Radikalen davor, auf die Spaltungsmanöver der gemässigten Rechten hereinzufallen. "Die Mehrheit", so schloss er seine Rede, "hat jetzt ihre Probe zu bestehen. Es war vorauszu-sehen, dass grosse kapitalistische Kräfte eines Tages eine Art Unterscheidung zwischen den bei den Wahlen siegreichen Parteien durchführen würden. Ich habe den heissen Wunsch, dass in diesem kritischen Augenblick der Wille der Wählerschaft nicht vergessen noch verkannt wird. Was uns Sozialisten anbetrifft, werden wir alles tun, um aus dieser Kammer auf dem Gebiet der Gerechtigkeit und des Friedens alle Möglichkeiten herauszuziehen, die der Volkswille ihr übertragen hat." Blums Rede rief einen ungeheuren Beifallssturm hervor.

Im weiteren Verlauf der Sitzung versuchte der der Tardieu-Gruppe angehörende frühere Finanzminister Reynaud durch heftige Angriffe gegen Chéron und gegen die Beschlüsse der Finanzkommission die Radikalen von den Sozialisten zu trennen. Dieser Versuch hatte das Ergebnis, dass Chéron, über die Angriffe Reynauds empört, erklärte, er wünsche, dass die Sanierung der Staatsfinanzen von der republikanischen Mehrheit durchgeführt werde, der er sich im Interesse des Landes zur Verfügung gestellt habe.

Während der Sitzung besprach eine Delegation des von den Linksparteien gebildeten Arbeitsausschusses mit Chéron und Paul Boncour die noch strittigen Punkte der Finanzvorlage. Der Finanzminister erklärte sich unter der Bedingung zu Konzessionen bereit, dass bei den Parteien der gleiche Versöhnungswille bestehe.

SPD. Die Meldungen bürgerlicher und kommunistischer Blätter, dass der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels, schwer erkrankt sei und deshalb sein Rücktritt von der Parteileitung erwogen werde, sind falsch. Otto Wels hat dieser Tage auf ärztliche Anordnung einen Erholungsurlaub angetreten, von dem er bald wieder an die Spitze der Partei zurückkehren wird.

SPD. Prag, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Am Freitag wurden in Makarska in Dalmatien (Jugoslawien) die beiden Rädelsführer des Brünner Kasernenüberfalls, Oberleutnant Kobsinek und Zahn-techniker Geidl, verhaftet. Beide hielten sich hier schon einige Tage verborgen. Das Ziel ihrer Reise war Italien.

SPD. Wien, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Im österreichischen Nationalrat kam es am Freitag zu einem Zusammenstoß zwischen der Regierung und Sozialdemokraten.

Die Sozialisten hatten eine dringliche Anfrage über die Verhältnisse bei der österreichischen Creditanstalt gestellt. Unterrichtsminister Rintelen, der die Verhandlungen in London geführt hatte, behauptete in seiner Antwort, die Sozialdemokratie hätte seinerzeit selbst die Uebernahme der Haftung des Staates für die Creditanstalt verlangt, weil sie dort angeblich Gelder der Partei angelegt hatte. Gegen diese unwahre Behauptung erhob sich ein Sturm der Entrüstung.

Otto Bauer, der Führer der österreichischen Sozialdemokratie wies sofort nach, dass an der Behauptung nicht ein Wort wahr ist, dass die Sozialdemokratie vor der Uebernahme der Haftung ausdrücklich gewarnt und sich schliesslich, nur um eine Wirtschaftskatastrophe in Österreich zu vermeiden, bereit erklärt hat, die Haftung für neue Beträge, die der Creditanstalt zur Sanierung zur Verfügung gestellt werden, zu befürworten. Unter Bruch dieser Vereinbarung habe der österreichische Finanzminister hingegen auch die Haftung für alle alten Schulden übernommen. Otto Bauer schloss seine Rede mit den Worten, es habe sich gezeigt, dass es unmöglich sei, mit einer Partei wie der österreichischen Christlich-Sozialen, für irgendetwas eine Verantwortung zu übernehmen, besonders solange Charaktere von der Art des österreichischen Unterrichtsministers Rintelen darin sässen.

SPD. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften ist am Freitag beim Reichspräsidenten gegen die Wiederholung des Papenkurses vorstellig geworden.

Das Organ der christlichen Gewerkschaften, "Der Deutsche", bemerkt dazu: "Eine Regierung Papen darf nicht wiederkommen, Es hat bisher in der deutschen Geschichte noch keine Regierung im Volke eine so tiefgehende Abneigung gefunden als die des Herrn v. Papen. Und eine Regierung unter Hugenbergs Schutz und Schirm findet ebensowenig Vertrauen."

SPD. Nürnberg, 27. Januar (Eig. Drahtb.)

Hitler hat für Montag sein persönliches Erscheinen in Nürnberg angesagt. Er will gewissermassen die Feuerspritze spielen, um den Riesenbrand in der fränkischen Nazi-partei zu löschen.

Neuerdings beginnt sich auch der Nazi-Anhang unter den Studenten zu ver-

krümeln und in die Büsche zu schlagen. Die Schulungsabende der Erlanger SA-Studenten sind bereits wegen Mangel an Beteiligung eingestellt worden. Trotz aller Rundschreiben bleiben die Studenten aus. Einige rechnen nicht einmal die ihnen anvertrauten Sammellisten ab. Es ist bezeichnend für diese Hitlerstudenten, wenn ihnen in einem dieser Rundschreiben gesagt wird, sie seien Spiesser, die sich jetzt von Hitler abwenden, weil die Spekulation auf die versprochenen Posten fehlgeschlagen sei.

SPD. Am Freitag-Abend verdichtete sich in Berliner politischen Kreisen das Gerücht, dass der Reichspräsident dem Reichskanzler die Genehmigung zur Auflösung des Reichstags nicht erteilen, Schleicher dann zurücktreten und noch am Sonnabend von Papen mit der Bildung einer Minderheitsregierung beauftragt werde.

Ein anderes Gerücht besagte, dass Hindenburg dem Reichskanzler die Genehmigung zur Auflösung am Sonnabend zwar verweigern, aber auch die für diesen Fall angekündigte Demission des Gesamtkabinetts nicht annehmen werde. Vielmehr solle Schleicher zunächst vor den Reichstag treten. Erst dann werde sich der Reichspräsident entscheiden ob er die Auflösungsordre erteile oder nicht.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Augs aller Welt

Die Räuber im Osten.

Osthilfeskandal geschichtsnotorisch - Gustav Freytag als Kronzeuge der Ritterschänderei.

SPD. Mit Presseartikeln, Rundfunkvorträgen und Ausstellungen ist in Deutschland in den letzten Monaten eine lebhafteste Reklame für die "Osthilfe" getrieben worden, die sich mittlerweile als ein zum Himmel stinkender Korruptionsskandal entpuppt hat. Insbesondere wollte man mit dem Hinweis auf die östliche Kulturtat der Deutschen Ordensritter das patriotische Gemüt der Bevölkerung wachrufen. Aber so, wie die Osthilfeempfänger schwindelten, haben auch die Geschichtsschreiber der "Osthilfe" geschwindelt: die Deutschen Ordensritter sind an der Katastrophe des deutschen Ostens weit mehr schuld als die von ihnen zitierte "polnische Tücke und Gemeinheit".

Kein geringerer als Gustav Freytag, ein zweifellos auch im Sinne unserer Nationalisten national gerichteter Geschichtsschreiber hat in seinen sehr populär geschriebenen "Bildern aus der deutschen Vergangenheit" in dem Kapitel "Die Besiedelung des Ostens" beweiskräftig dafür Zeugnis abgelegt, wie die alte ostdeutsche Kultur ausgesehen hat und wie sie wieder verloren gegangen ist. Bis zum Beginn des 13. Jahrhunderts ging es mit dem Deutschtum, das die "Dienstleute "St. Marien" vom Deutschen Hause" in dem Lande zwischen Weichsel und Memel unter den heidnischen Preussen, einem slawischen Stamm, anpflanzten, aufwärts. Der Orden war einer frommen Stiftung von Kaufleuten aus Bremen und Lübeck entsprungen, die während des Kreuzzuges Friedrich Barbarossas Christliches, d. h. etwas für die Krankenpflege tun wollten. Als dann das "Heilige Land" für die Christenheit endgültig verloren war, verlegte der Ritterorden seine Tätigkeit nach Preussen, wo es Heiden zu bekehren und Urwälder auszuroden gab. Aber bald wurde nicht so sehr der Gedanke des nationalen Sieges des Deutschtums über das Slawentum, auch nicht der Sieg des Christentums über den Unglauben wesentlich - es rückten vielmehr nackte Wirtschaftsinteressen in den Mittelpunkt der Ordensbestrebungen. Die Hanseaten brauchten Handelsniederlassungen und Absatzgebiete, und der Ritterorden, eine stadtbürgerliche Gründung, besorgte dieses Geschäft. "Dass er Städtegründer, Schützer und Teilnehmer an dem Grosshandel der Nordmeere wurde, das gab ihm die beste Kraft", schreibt Freytag; und er fährt fort: "Als die Ordensinteressen und die der Städte sich feindlich schieden, verging er." Aber nun waren die vom Papst und vom Kaiser als Missionare und Grenzpolizei gleichermaßen begünstigten Ritter auf den Geschmack gekommen. Sie organisierten ihren Landbesitz und gewöhnten sich die mönchischen Tugenden der Armut und der Keuschheit ab. Gleichzeitig schlossen sie sich immer schroffer ab gegen alle bürgerlichen und bäuerlichen Elemente und bildeten sich zu einer starren Adelskaste aus.

"Die Preussen sassen friedlicher als die Germanen und ohne Eroberungslust in ihren Lichtungen zwischen Wald, Sumpf und See. Sie waren erst durch die Belehrungsversuche der Fremden aufgeregt worden. In dieser Periode des Blutes und der Zerstörung, heimlicher Ueberfälle und tückischer List wurde viel Unmenschliches begangen." Gustav Freytag schildert also hier die typische Kolonialpolitik. Sie wurde noch gesteigert durch den militärischen Ehrgeiz der Junker, der immer neue Feldzüge gebot: "Traurig wie die Landschaft war die Arbeit des Heereszuges, denn er hatte in der Regel keinen kriegerischen Zweck

als Beute und Verwüstung und keinen politischen Zweck als die Wunden in Litauen offenzuhalten und eine Versöhnung des Volkes mit der Christenheit zu verhindern. Im Jahre 1304 begannen diese unrühmlichen Reisen für die Kreuzgäste und sie wurden leider wegen der Zügellosigkeit der kreuzfahrenden Haufen übel berüchtigt."

"Die unzufriedenen Städte des Landes suchten Hilfe gegen den Orden in einem grossen Bunde, den sie miteinander schlossen, endlich sogar bei den polnischen Nachbarn. Die deutsche Stadt Danzig und das Weichselgebiet kamen mit ihrem guten Willen unter polnische Herrschaft, die ihnen erträglicher deuchte als das verdorbene Regiment des Ordens." Im Jahre 1410 krachte dann bei Tannenberg die ganze Ritterherrlichkeit zusammen - zur innigen Freude der deutschen Städte. Der verlorne Adel also, die Vorfahren der Januschauer und Genossen, ist einzig und allein schuld daran, dass Preussen damals an Polen fiel. Die Ostmarkenpolitik der Hohenzollern im 17. und 18. Jahrhundert, die in ihrer Unersättlichkeit rein slawische Gebiete verschluckte und nach der dritten Teilung Polens Warschau zu einer preussischen Provinzhauptstadt machte, hat die polnische Feindschaft gegen das Deutschtum - genauer: gegen das preussische Junkertum - erneuert und verstärkt.

Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen, die Osthilfeempfänger. "Die Wunden offen halten und die Versöhnung verhindern" - das ist auch heute noch ihre einzige Weisheit. Die Beute freilich ziehen sie diesmal aus den Taschen ihrer verletzten deutschen Volksgenossen.

+ + +

Bohrexpllosion. Auf der Grube Bautenberg bei Siegen gerieten zwei Bergleute beim Bohren auf einen steckengebliebenen Sprengschuss, der sofort explodierte. Ein Bergmann wurde auf der Stelle getötet, der andere schwer verletzt.

+ + +

Hotelbrand. Das Detmolder Hotelrestaurant "Zur Traube" wurde durch Grossfeuer vernichtet. Von den im Hotel übernachtenden 15 Personen, die von dem Brand sämtlich im Schlaf waren, konnten sich die meisten mit vieler Mühe auf die Nachbargäcker retten. Die Schwiegertochter des Hotelbesitzers Dettmer sowie ein aus Berlin stammendes Artistenehepaar Kramer kamen in den Flammen um; Dettmer, sein Sohn und mehrere andere Personen wurden schwer verletzt. Die Entstehungsursache des Feuers steht noch nicht fest.

+ + +

Die endlose Liste... Die vier verhafteten Berliner BVG-Räuber Willi und Hand Krebs, Erwin Hildebrand und Fritz Wiemke haben zwei neue Banditenstreiche zugegeben. Die jungen Burschen haben im Februar vorigen Jahres aus einer Berliner Tabakgrosshandlung unter Revolverdrohungen eine Geldkassette mit 3 000 Mark Inhalt und 2 000 Zigaretten geraubt. Ferner stahlen sie im Juli 1932 eine Autotaxe und verübten dann einen Überfall auf einen Tankwärter in Berlin-Schöneberg, erbeuteten allerdings nur 40 Mark.

+ + +

Stuhl gegen Kehlkopf! Die bekannte tschechische Sängerin Jolantha von Wiock wurde während einer Aufführung von Léhars "Frasquita" am Reussischen Theater zu Gera von dem schwedischen Tenor Oevergaard mit einem Stuhl gegen den Kehlkopf geschlagen; die Sängerin erlitt einen Bluterguss am Stimmband, verlor die Sprache und brach auf der Bühne bewusstlos zusammen. Der Vorhang fiel - das Publikum glaubte, alles gehöre zur Handlung. Nach längerer Pause wurde der Unfall bekanntgegeben und die Operette gekürzt zuende gespielt.

+ + +

Gastod durch Kalte. In Greiz (Thüringen) wurden ein Feuerwehrmann, seine Ehefrau und die beiden sieben und ein halbes Jahr alten Kinder des Paares in ihrer Wohnung durch Gas vergiftet aufgefunden. Infolge der grossen Kälte war im Wohnhaus der Verunglückten ein Gasrohr geplatzt und das Gas durch den Keller in die Wohnung geströmt.

+ + +
Eisopfer - Eisfeste! Grosse Teile der Ostsee sind eingefroren. Mehrere Schiffe stecken im Eis.

Auf dem Strela=Sund zwischen Stralsund und der Insel Rügen ereignete sich am Freitag ein schweres Unglück. Schon seit einigen Tagen ist der die Insel Rügen vom Festland trennende Strelasund für den Fusspängerverkehr freigegeben. Für Fuhrwerke und Kraftwagen wurde die Genehmigung noch nicht erteilt, da in der Fahrstrasse noch einige unsichere Stellen vorhanden sind. Trotzdem machte der Stralsunder Autovermieter Krüger den Versuch der Eisüberquerung. Die Hinfahrt verlief ohne Zwischenfall. Auf dem Rückweg brach der Wagen indes an einer dünnen Stelle ein und verschwand unter dem Eis. Krüger und einer der beiden Insassen, ein Viehhändler aus Triebsees, ertranken, während der zweite Mitfahrer, gleichfalls ein Viehhändler, rechtzeitig die Tür aufreissen und herausspringen konnte. Er wurde von Passanten aus dem Wasser gezogen.

Der Rhein vereist immer mehr. Als der Dampfer "Mosel" der Kölner Rhein=störmpolizei einen bei der Loreley vom Eis umschlossenen holländischen Dampfer befreien wollte, geriet der Polizeidampfer so fest ins Eis, dass er nicht mehr in Fahrt kam. Man holt nun Schlepper von der Ruhr, um beide Schiffe vom Eis freizumachen. Die Eisdecke ist an dieser Stelle über 400 Meter lang. - Bei Winnungen werden am kommenden Sonnabend, Sonntag und Montag auf der Mosel grosse Eisfeste veranstaltet werden.

Auch Holland sucht der Eiswinter heim. Auf dem Yssel=Meer, der früheren Zuidersee, wurden zwei Schiffer auf einer plötzlich abbröckelnden Eisscholle abgetrieben. Sie benutzten ihre Mäntel als Notflaggen, um die Bewohner an der Küste auf ihre bedrängte Lage aufmerksam zu machen. Nach stundenlangen Versuchen gelang es vier wagemutigen Männern die Eisbrüchigen zu retten. - Im Gebiet des Wattenmeeres an der friesischen Küste mussten alle Dampferlinien wegen Treibeises eingestellt werden, sodass die friesischen Inseln vollständig abgeschnitten sind. - In Rotterdam wurde der Schlepperdienst nach dem niederländischen Oberrhein wegen Eisgang des Stromes eingestellt, auch die Maas ist grösstenteils mit Treibeis bedeckt. Viele Schiffsagenturen der kleineren Flusshäfen unterhalten den Dienst nach Amsterdam und Rotterdam mit Autos.

+ + +
Erfolg im Eis... Eine sowjetrussische Hilfsexpedition rettete 8 Mann der Besatzung des vor mehreren Monaten bei der nordsibirischen Insel Bjeli gescheiterten Schiffes "Albatros". Der Rest der Besatzung ist verschollen.

+ + +
Knöpfkes Nachfolger. Wilhelm Wegner, bisher stellvertretender Direktor der Reichsrundfunkgesellschaft, wurde als Nachfolger Knöpfkes zum Geschäftsführer der Berliner Funkstunde gewählt.

+ + +
Der Zug der Grippe. Die Grippe breitet sich weiter aus. Zahlreiche westdeutsche Schulen mussten geschlossen werden. In England betrug die Zahl der Grippetodesopfer der letzten drei Wochen etwa 3 500. In Amsterdam tritt die Epidemie gleichfalls sehr häufig auf; der Sterblichkeitsverlauf ist jedoch noch normal. In Budapest bleiben sämtliche Schulen vorerst bis zum 4. Februar geschlossen.



Obst und Gemüse.

Eine grundlegende Untersuchung der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliche Markt- und Marktwesen.

SPD. Die Erörterungen über die Einführung von Gemüse- und Obstkontingenten während des Kabinetts Papen haben gezeigt, wie wenig wir eigentlich über die Versorgung des deutschen Volkes mit Obst, Gemüse und Südfrüchten wissen. Im Auftrage der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen hat nun Dr. Samuel im Verlag von Parey-Berlin eine Veröffentlichung über "Gemüse, Obst und Südfrüchte im Deutschen Reich, Versorgungsbilanzen und Verkehrsbeziehungen" erscheinen lassen. Das Buch Samuels ist eine grundlegende Abhandlung, die ein Gesamtbild der in Frage kommenden Wirtschaftszweige aufrollt; es gibt z.B. Auskunft über den Verbrauch von Gartenbauerzeugnissen in den einzelnen Städten und Gegenden. An erster Stelle steht Hamburg mit 130 Kilogramm pro Kopf, an fünfter Berlin mit 90 Kilogramm und an letzter Stelle Ostpreussen mit 18 Kilogramm, während der Reichsdurchschnitt, immer ohne Selbstverbrauch aus Eigenerzeugung, 51 Kilogramm beträgt.

Die deutsche Landwirtschaft ist an der Deckung des Berliner Konsums von Gartenbauerzeugnissen nur zur Hälfte beteiligt. Für ganz Deutschland ist der Anteil des Auslandes an der Gesamtversorgung aber geringer. So war das Ausland im Jahre 1930 bei Gemüse mit 22 %, bei Obst und Südfrüchten mit 38 % beteiligt. Seitdem ist der Anteil des Auslandes noch geringer geworden; denn durch Schrumpfung des Verbrauchereinkommens ist der Konsum an hochwertigen Auslandserzeugnissen zwangsläufig zurückgegangen.

Durch diese Feststellungen wird die Frage aufgeworfen, welche Zukunftsaussichten der deutsche Gartenbau hat? In den letzten Jahren betrug der Einfuhrüberschuss bei einer Inlandsproduktion von einer Milliarde Mark 450 Millionen. Wird es gelingen, eine Erweiterung der Produktion im Inland herbeizuführen? Zweifellos sind hier noch Reserven vorhanden und zwar nicht nur durch die Verdrängung der Einfuhr, sondern auch durch eine Vergrößerung des Konsums. Während bei steigendem Wohlstand der Verbrauch von Roggen und Kartoffeln abnehmen wird, ist der Obst- und Gemüsekonsum stark erweiterungsfähig. Jedoch ist die Ersetzbarkeit der ausländischen Einfuhr durch deutsche Erzeugnisse bei den einzelnen Gemüse- und Obstsorten sehr unterschiedlich. Mit strengen Zollerhöhungen und Einfuhrverboten nach dem Muster des Reichslandbundes ist es nicht getan. Vielmehr muss man prüfen, ob in Deutschland überhaupt eine entsprechende Möglichkeit vorhanden ist oder ohne übergrossen Aufwand geschaffen werden kann.

Für alle Obst- und Gemüsearten gibt das neue Buch Auskunft. An einem Beispiel soll hier gezeigt werden, wie die Agitation der Landbundpresse und der Gartenbauern völlig unsachgemäß betrieben wird. Die Gartenbauern fordern fortgesetzt eine Erhöhung des Zolls für Blumenkohl. Die Wintereinfuhr von Blumenkohl bildet aber gar keine Konkurrenz für den Inlandsblumenkohl, da er erst nach Erschöpfung der Inlandsernten und vor ihrem ersten Auftreten auf dem Markt importiert wird. Festgestellt wird aber, dass die Blumenkohleinfuhr im Winter in einem freilich schwer bestimmbareren Umfang den Absatz von Weiss-

und Wirsingkohl sowie den Absatz von Gemüsekonserven beeinträchtigt. In der Veröffentlichung wird nun zu der Frage, ob diese Konkurrenzverhältnisse einen Grund bieten, die Einfuhr von Blumenkohl zu sperren, keine Stellung genommen. Aber für jeden denkenden Menschen ist es klar, dass man die Einfuhr von hochwertigem Frischgemüse nicht zugunsten des Konsums von gewöhnlichem Kohl oder gar von Konserven beeinträchtigen darf. Von der Einfuhr des Freilandblumenkohls, der hauptsächlich aus Holland im August bis Dezember eingeführt wird, wird gesagt, dass diese nur deshalb so gross ist, weil das Inlandsangebot mengenmässig nicht ausreicht. Die Einfuhr würde bei entsprechender Ausdehnung der Inlandskulturen sofort zurückgehen. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei anderen Gemüse- und Obstsorten. So stammen rund 50 % der Gemüseeinfuhren aus Ländern, die ein günstigeres Klima haben, während die anderen 50 % aus solchen Ländern kommen, deren Gärtnereien mit Glashäusern ausgestattet sind, eine hervorragende Absatzorganisation besitzen und hochwertige Standardware liefern. Auch von der gesamten Obst- und Südfrüchteeinfuhr im Werte von 270 Millionen Mark können nur 78 Millionen durch eine Verstärkung des Inlandsangebots direkt ersetzt werden. Der Rest ist nur bedingt oder, wie die Südfrüchte, überhaupt nicht ersetzbar.

Alle diese Betrachtungen gehen auf die handelspolitische Fernwirkung von Massnahmen, durch die die Auslandseinfuhr durch deutsche Mehrerzeugung ersetzt werden soll, nicht ein. Damit wird der Wert der Veröffentlichung nicht verringert. Jedoch muss man sie in der Wirtschaftspolitik berücksichtigen. Dann wird sich herausstellen, dass die mit Hilfe von Zöllen erzwungene Ersetzung der Auslandsware durch Inlandsware der gesamten Wirtschaft mehr schadet als nutzt. Mit den Absperrmassnahmen gegen fremdes Obst und Gemüse werden auch die Absatzmöglichkeiten für deutsche Industrieerzeugnisse im Ausland und zwar in verstärktem Verhältnis beschnitten, so dass ein Kraftverlust entsteht, der wiederum eine Verringerung des Absatzes an deutschen Gartenbauerzeugnissen zur Folge hat. Daher wird in erster Linie der Aufbau des deutschen Gartenbaues durch organisatorische Verbesserungen, für die Samuel ebenfalls wichtige Hinweise gibt, durchzuführen sein. Der Aufbau muss aber, wenn Fehlleitungen von Kapital und Arbeit vermieden werden sollen, planmässig erfolgen. Und das scheint die wichtigste Erkenntnis zu sein, die sich aus dem Buche Samuels ergibt.

SPD. Die diesjährige Berliner Grüne Woche ist am Sonnabend durch Eröffnung der Ausstellung am Berliner Kaiserdamm eingeleitet worden. Die Eröffnungsrede hielt der Reichslandwirtschaftsminister. Im Anschluss daran gab es, auf Einladung des Reichsverbandes für Zucht und Prüfung deutschen Warmbluts, Pferdevorführungen. Ueberhaupt ist die diesmalige Ausstellung mehr Zirkus als Ausstellung. Es wird in den nächsten Tagen am Berliner Kaiserdamm nicht an Pferdevorführungen mangeln. Friderizianische Reiter werden durch die Hallen brausen usw..

Ausserdem betätigt sich auch Reichswehr und zwar nicht nur durch Vorführung von Pferden, sondern auch durch Vorführung von Geschützen. Daneben gibt es Kaninchenausstellungen, Ausstellung von Aquarien und Terrarien, Ausstellungen des deutschen Angelsports, eine deutsche Schiesssportausstellung, einen Deutschen Schützentag, eine Geflügelschau und eine Schau von Katzen und Rassehunden. So weicht die Grüne Woche 1933 von ihren Vorgängerinnen, die Wissenschaft, Technik und Praxis in der Landwirtschaft und im landwirtschaftlichen Absatzwesen stark zu Worte kommen liessen, erheblich ab. Das soll bei der Grossen Landwirtschaftlichen Wanderausstellung im Mai 1933 nachgeholt werden. Bei der Grünen Woche im Februar 1933 verbleibt es beim Zirkus und bei Paraden, sicherlich ein Ausdruck unserer Zeit. Der Landbund selbst hat auf Paraden ver-

richtet und wird während der Grünen Woche keine Veranstaltungen abhalten. Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft nimmt sich in der Grünen Woche der agrarischen Wissenschaft an. Es ist eine Reihe von Tagungen vorgesehen, auf denen u.a. Dr. Wagemann vom Konjunkturforschungsinstitut über die Beziehungen der Landwirtschaft zwischen Industrie und Verbrauch sprechen wird und Professor Dr. Ries über die Rationalisierung der menschlichen Arbeit in der Landwirtschaft unter Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit.

SPD. In einer äusserst scharfen Erklärung wendet sich die Margarine-industrie gegen die Ausführungen des Reichslandwirtschaftsministers im Haushaltsausschuss des Reichstags. Der Reichslandwirtschaftsminister, so heisst es darin, habe bei der Besprechung der Butterbeimischungsfrage eine Reihe von Angaben gemacht, die der Wirklichkeit nicht entsprechen. Gegenüber den Darlegungen des Reichslandwirtschaftsministers stellt die Margarineindustrie fest, dass die Beimischung von Butter zur Margarine ohne eine Preiserhöhung für Margarine nicht möglich sei; insbesondere würden die besseren Margarinesorten, die bisher der unbemittelten Bevölkerung einen guten Brotaufstrich lieferten, unerschwinglich teuer werden. Im übrigen wird darauf verwiesen, dass die Halbbarkeit des Margarine-Buttergemisches durch nichts garantiert sei. Der Margarineverband schliesst sein Schreiben, das er u.a. an die Mitglieder des Haushaltsausschuss des Reichstages gesagt hat, mit folgendem Satz: "Es ist ausserordentlich bedauerlich, dass zur Verteidigung einer Massnahme, deren Durchführbarkeit wohl längst als unmöglich erkannt worden ist und gegen die sich mindestens 90 % der Bevölkerung wenden, von hoher Stelle der Versuch gemacht wird, die Öffentlichkeit agitatorisch zu beeindrucken".

SPD. Bei den Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine ist im Weihnachtsmonat eine starke Umsatzsteigerung eingetreten und zwar erholte sich der Gesamtumsatz von 43,50 Millionen Mark im November auf 54,12 Millionen im Dezember. Der Umsatz je Mitglied steigerte sich damit von 20,74 auf 26,13 Mark. Der Dezemberumsatz im Jahre 1931 machte allerdings 7,65 Mark und der Umsatz pro Mitglied im Dezember 1931 = 32,79 Mark aus. Im ersten Jahr 1932 erreichte der Umsatz rund 598 Millionen Mark gegenüber 812 Millionen im Jahre 1931. Es liegt damit eine Verringerung um 26,4 % vor. Die Gesamtlebenshaltungskosten (ohne Wohnung) verbilligten sich in der gleichen Zeit nach den amtlichen Ermittlungen um 11,8 %. Daraus geht hervor, wie stark die Krise auf die Lebenshaltung der breiten Schichten drückt. Bemerkenswert ist, dass der Umsatzrückgang, verglichen mit den entsprechenden Monaten des Vorjahres, in den letzten Monaten des Jahres 1932 nicht mehr grösser geworden ist, während in der zweiten Hälfte des Jahres 1931 die Umsatzverluste weit über den Jahresdurchschnitt hinausgingen.

SPD. Der Farbentrust stellt in seinem Bericht über das 4. Quartal 1932 Ansätze zur Belebung auf verschiedenen Arbeitsgebieten fest. Insgesamt konnte der Trust 5 000 Personen neu einstellen. Die saisonmässigen Rückgänge, die zu Beginn des Winters regelmässig eintreten, wurden in diesem Jahr durch eine konjunkturelle Geschäftsbesserung ausgeglichen.

Weizen stark angeboten.

(Berliner Getreidebörse vom 27. Jan.)

SPD. Im allgemeinen war die Tendenz am Freitag schwächer, weil man mit einem Ende der starken Kälteperiode rechnete. Das Geschäft auf dem Promptmarkt war klein. Geringfügige Mengen wurden vom Export gesucht. Das Angebot selbst hielt sich in Grenzen. Dagegen lag am Lieferungsmarkt starkes Angebot an Weizen vor. Die Weizennotierungen gaben demzufolge nach.

	26. Jan.	27. Jan.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	182 - 184	182 - 184
Roggen	149 - 151	149 - 151
Braugerste	165 - 175	165 - 175
Futtergerste	158 - 164	158 - 164
Hafer	110 - 113	110 - 113
Weizenmehl	22,50-25,75	22,50-25,75
Roggenmehl	19,50-21,50	19,50-21,50
Weizenkleie	8,35- 8,75	8,25- 8,75
Roggenkleie	8,70- 9,00	8,70- 9,00
Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte Weizen März 198 - 197 3/4 (198 1/2),		
Mai 198 3/4-198 3/4 (199 1/4), Roggen März 160 3/4 - 160 3/4 (160 3/4), Mai		
161 1/2 - 161 1/2 (161 1/2), Hafer März - (-), Mai - (-).		

Berliner Viehmarkt.

(27. Jan.)

SPD. Das Angebot genügte auf allen Märkten, sodass sich die Preise nur wenig veränderten. Am Schweinemarkt entwickelte sich glattes Geschäft, wobei es jedoch bei den letzten Preisen blieb. Am Kälbermarkt gaben die Preise nach. Der Handel in Rindern war mittelmässig.

Notierungen: Schweine: a. über 300 Pfund 35-36 (-), b. 240 bis 300 Pfund 35-36 (36), c. 200 bis 240 Pfund 34-36 (34-36), d. 160 bis 200 Pfund 33-34 (33-34), e. 120 bis 160 Pfund 30-32 (30-32), Sauen 32-34 (32-33). Schafe: a. 32-33 (32-34), b. 29-31 (30-31), c. 26-28 (27-29), d. 16-25 (17-26). Kälber: b. 32-38 (34-40), c. 24-32 (25-35), d. 17-22 (17-24). Kühe: a. 23-25 (21-23), b. 18-21 (18-20), c. 16-17 (15-17), d. 11-15 (10-14).

Gemüsemarkt.

SPD. (Amtliche Grosshandelspreise in der Berliner Zentralmarkthalle RM je 50 kg, einschl. Fracht, Spesen und Provision.) Weisskohl 50 kg 3-4,50, Wirsingkohl 6-9, Rotkohl 4-6, Rosenkohl 22-28, Grünkohl 3-4, Mohrrüben gewaschen 3.50-4.50, Rübchen 4-6, do. echte 13-16, Kohlrüben 2.50-3.50, Rote Rüben 3-4, Schwarzwurzeln Ia 22-25, Rettiche j.n. Grösse Schock 4-5, Radieschen j.n. Grösse Schock b.d. -, Meerrettich 50 kg 20-25, Sellerie j.n. Grösse 5-10, Poree j.n. Grösse Schock 1-1.50, Petersilie grün j.n. Bundgrösse 100 Bd. 2.50-10, do. m. Wurzeln 50 kg 5-8, Salat Rapunzel j.n. Qualität 1-1,20, Spinat Blatt Ia 20-25, Edel-Champignons weiss Ia 100-115, Zwiebeln sortiert grosse 5.50-6, do. unsortiert 5-5.50.



Die Sorgen der Bauarbeiter.

Beiratskonferenz des Baugewerksbundes.

SPD. Der Deutsche Baugewerksbund hielt dieser Tage in Berlin eine Beiratskonferenz ab, deren Beratungsgegenstände besondere Beachtung verdienen. Im Mittelpunkt der Erörterungen standen die Fragen der Arbeitsbeschaffung und des Freiwilligen Arbeitsdienstes, das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften, die Anstrengungen zur Erhaltung der Kampfkraft des Bundes und die Vorbereitungen für die bevorstehenden Tarifverhandlungen.

Gegenüber den Prophezeiungen, die einen langsamen Wirtschaftsaufstieg voraussehen, empfahl der Bundesvorsitzende Bernhard in seinem Ueberblick über die Lage der Bauwirtschaft grösste Vorsicht. Der Baumarkt liege noch immer fast völlig still; die Bautätigkeit sei beinahe bis auf den Nullpunkt gesunken. Das zeigten u.a. auch die von den Berufsgenossenschaften für 1932 festgestellten Lohnsummen, die etwa 800 Millionen Mark ausmachten. Das seien nur etwa 25% der 1929 umgesetzten Lohnsumme. Im Baugewerbe habe 1932 die durchschnittliche Arbeitslosigkeit 82,42% betragen; bis zum 9. Januar sei diese Ziffer bis auf 87,15% gestiegen, und die Fachgruppe der Maurer habe um diese Zeit eine Arbeitslosigkeit von 89% feststellen müssen. Im Juni vergangenen Jahres seien 76,6% der Bundesmitglieder mehr als 1 Jahr, 55,5% mehr als 1 1/2 Jahr und 21% mehr als 100 Wochen arbeitslos gewesen. Angesichts dieser furchtbaren Ziffern erübrige es sich wirklich, noch ein Wort über die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung zu sagen. Gegen die Arbeitsbeschaffung könne man heute nicht mehr angeblich überhöhte Löhne ins Feld führen; auch seien die Baukosten ganz bedeutend gesunken. Der Baukostenindex betrage nach den amtlichen Feststellungen gegenüber 100 im Jahre 1914 nur noch 119. Trotzdem sei leider für dieses Jahr noch keine ausreichende Besserung in der Bauwirtschaft zu erwarten. Vielleicht gelinge es, durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung und durch den Gerecke-Plan ein Drittel der Bauarbeiter in Arbeit zu bringen, aber selbst ein solches Ergebnis sei noch recht unbefriedigend.

Die Misstände und Missgriffe im Freiwilligen Arbeitsdienst wurden von Otto und Rosenzweig beleuchtet. Der FAD werde in jüngster Zeit etwas kritischer beurteilt als bisher. Auch Leute, die den FAD nach Kräften gefördert hätten, könnten die immer stärker auftretenden Schäden nicht leugnen. Vor allem beginne man einzusehen, dass der Arbeitsdienst Geldverschwendung sei, d.h. er komme vielfach teurer zu stehen als reguläre Erd- und Tiefbauarbeiten bei einem tarifvertraglich geregelten Arbeitsverhältnis. Der Geldverschwendung müsse Einhalt geboten werden; ebenso müsse mit dem Unfug, Notstandsarbeiten nicht entsprechend dem Tarifvertrag zu entlohnen, endlich aufgeräumt werden. Die Entwicklung des FAD habe dem Baugewerksbund, der von Anfang an gewarnt habe, recht gegeben.

Die Bundeshauptkasse arbeitete, wie im Bericht über die inneren Bundesangelegenheiten mitgeteilt wurde, in den letzten Vierteljahren mit Unterbilanz. Die Ausgaben überschritten ständig die Einnahmen. Auch die gekürzten Unter-

stützungen verursachen immer noch verhältnismässig hohe Ausgaben. So wurden allein im dritten Vierteljahr 1932 für Unterstützungen 343 755 Mark ausgegeben. Auch die Invalidenunterstützung des Bundes erfordert grosse Ausgaben: im dritten Vierteljahr 105 000 Mark, im vierten 111 000 Mark. Der Bund hatte am Schluss des vorigen Jahres 12 937 Invalidenunterstützungsempfänger. Zur Behebung der Schwierigkeiten sollen weitere Sparmöglichkeiten verwirklicht werden. Alle Unterstützungen bleiben nach einem Beschluss des Beirats vorläufig in ihrer jetzigen Höhe bestehen.

Die Erörterung des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaft ergab klar und deutlich, dass auch künftig wie bisher Gewerkschaften und Partei in enger Fühlung bleiben müssen. Die grossen Ziele der Arbeiterbewegung könnten nur im gemeinsamen Vormarsch erreicht werden.

Neue Tarifverhandlungen für die Bauarbeiter stehen bevor. Auch im Baugewerbe hat die Notverordnung vom 5. September, wie Scheibel in seinem Bericht über die Lohn- und Tarifbewegung hervorhob, zu Abwehrkämpfen geführt. In 60 Baugewerkschaften versuchten die Unternehmer entsprechend der Notverordnung die Löhne zu senken. Wo die Bauarbeiter gut organisiert sind, gelang es, den geplanten Abbau abzuwehren. Eine weitere Herabdrückung der Lebenslage - das wurde in der Erörterung der Lohnfrage einmütig und mit schärfstem Nachdruck hervorgehoben - sei unwirtschaftlich, unmenschlich, unmoralisch. Wie weit die Löhne der Bauarbeiter bereits abgesackt seien, zeige ein Beispiel aus Württemberg. Dort hätten Tiefbau-Arbeiter mit einem Nettowochenverdienst von 15,20 Mark nach Hause gehen müssen; erst durch energische Verhandlungen des Bundes sei es gelungen, eine Wochenzulage von 4,50 Mark durchzusetzen. Ähnliche Fälle seien in den verschiedensten Gegenden Deutschlands festzustellen. Im Tiefbau beschäftigte Notstandsarbeiter verdienten in manchen Fällen weniger, als ihre Unterstützung betragen habe.

Im Hinblick auf das grauenvolle Lohnelend wurde auf der Konferenz sehr ernsthaft die Frage gestellt, ob es denn unter den gegenwärtigen Verhältnissen überhaupt noch angebracht sei, tarifvertragliche Vereinbarungen über Löhne abzuschliessen. Jedenfalls war sich die Konferenz darüber restlos im klaren, dass eine weitere Verschlechterung des Bauarbeiterlohns absolut unerträglich wäre. Bei den bevorstehenden Verhandlungen um einen Reichstarifvertrag und um neue Bezirkstarifverträge wird daher der Bund das letzte aufbieten, um eine weitere Verelendung der von der Krise besonders schwer heimgesuchten Bauarbeiterschaft zu verhindern.

SPD. Der Streik der Breslauer Bauarbeiter, der Monate gedauert hat, endete mit einem vollen Erfolg der Gewerkschaften. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, aufgrund der die alten Löhne, wie sie bis zum 31. Oktober 1932 tariflich in Geltung waren, weitergezahlt werden

Der Schlesische Baugewerbeverband, der den Lohnkonflikt durch seine rücksichtslosen Abbauforderungen heraufbeschwor, hat also vor der geschlossenen kämpfenden Breslauer Bauarbeiterschaft den Rückzug antreten müssen.

SPD. Die K alenreviere verarmen. Man erschreckt, wenn man sich den Absturz des Bergarbeitereinkommens vergegenwärtigt. Vergleicht man z. B. die Gesamtlohnsumme des dritten Quartals 1932 mit der des gleichen Quartals 1929, also der Blüte vor der Krise, dann ergibt sich folgendes Bild:

Lohnsumme	1929	1932
im Ruhrgebiet (mit Niederrhein)	241 333 743 Mk.	82 541 224 Mk.

im Rev. Aachen	14 066 682 Mk.	11 019 827 Mk.
" Oberschlesien	28 632 605 "	12 252 949 "
" Niederschlesien	12 938 621 "	5 983 132 "

Am wenigsten von der Krise berührt wurde also das Aachener Revier, am schlimmsten wurde das Ruhrgebiet heimgesucht, das fast zwei Drittel des Bergarbeiterlohns der Krise zum Opfer brachte. Das Absinken der Lebenshaltungskosten und die Unterstützung der Arbeitslosen vermag die riesenhafte Lohnschrumpfung nicht wettzumachen, die im deutschen Kohlenbergbau sich von rund 100 Millionen im Monatsdurchschnitt des Jahres 1929 auf 40 Millionen im Durchschnitt der ersten fünf Monate des Jahres 1932 vollzog.

Nicht nur die Kohlenbergbaureviere, sondern alle Bergbauarten sind von dem Rückgang der Lohnsumme betroffen. So betrug bei dem Erzbergbau die Gesamtlohnsumme im Bezirk Mansfeld im Jahre 1929 4 946 455 und 1932 3 137 227. Für Oberharz lauten die entsprechenden Ziffern 866 539 und 339 525, für Siegen 4 947 003 und 1 113 751, Nassau-Wetzlar 1 595 044 und 414 964. Im Braunkohlenbergbau lauten die entsprechenden Ziffern: Ostelbien 12 037 824 und 6 466 573, Westelbien 17 136 687 und 6 497 112, Linksrhein 10 519 138 und 6 217 415.

Die Hauptursache des Lohnrückgangs ist natürlich der gesunkene Beschäftigungsgrad. Der Produktionsrückgang hat aber dank der technischen Vervollkommenung der Betriebe nicht das Ausmass des Schichtenrückgangs angenommen.

In den Bergbaureviere liegen Handel und Wandel danieder, und die Hoffnungen auf eine Besserung sind sehr gering, da an einen raschen Anstieg der Konjunktur im Bergbau sowohl bei Kohle wie bei Erz nicht zu denken ist.

SPD. Die Pläne zur Neuregelung der Arbeitslosenhilfe gaben dem Beirat des Zentralverbandes der Angestellten, der in Hannover zu den brennenden sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen Stellung nahm, Veranlassung, eine ernste Warnung an die Reichsregierung zu richten. Im Namen von 200 000 kaufmännischen und Büroangestellten erhoben Verbandsvorstand und Beirat schärfsten Protest gegen die anhaltende Verschlechterung der Arbeitslosenhilfe, die sich automatisch durch die Ueberführung von Unterstützungsempfängern aus der Versicherung und der Krisenfürsorge in die Armenfürsorge ergibt.

Verbandsvorstand und Beirat erinnern die Regierung von neuem an die von den freien Gewerkschaften aufgestellten Forderungen: Wiederherstellung der Arbeitslosenversicherung und Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge und stellen im Anschluss daran fest, dass von der Einschränkung des Unterstützungsanspruchs durch die Hilfsbedürftigkeitsprüfung die Angestellten am härtesten betroffen werden. Nach den amtlichen Feststellungen seien bei den arbeitslosen Angestellten über ein Drittel von der Unterstützung ausgeschlossen.

Der Zentralverband der Angestellten kann eine erstaunliche Krisenfestigkeit aufweisen. Er konnte alle Unterstützungen unverkürzt leisten und hofft das auch in Zukunft tun zu können. Seine Mitgliederverluste sind trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit sehr gering.

SPD. In Dänemark sind, wie am Freitag offiziell mitgeteilt wurde, die Anstrengungen der Regierung zur Beilegung des grossen Arbeitskonflikts gescheitert. Von weiteren Verhandlungen zwischen den Tarifpartnern wurde Abstand genommen, weil sie im Augenblick aussichtslos sind.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 27. Januar 1923.

Das gute Omen.^x

SPD. Mein Freund Woo-Pai-Foo, der kein General, sondern ein siegreicher Kaufmann ist, hat mir dieser Tage einen halb malaiischen, halb chinesischen Brief geschrieben mit einem bisschen erläuternden Englisch, so dass ich alles richtig verstehen konnte. Der Brief war eine Danksagung. Ich bin es, der das Glück des chinesischen Kaufmannsbesiegelt hat. Nicht durch Darlehen oder geschäftliche Tips - Woo ist reich und klug, und ich bin arm und töricht -, sondern dadurch, dass er seit 25 Jahren in der allerglücklichsten Ehe lebt, eine Seltenheit in diesen Tagen. Das - sagt Woo - verdankt er mir. Ich war sein Glückbringer. Und auf welche Weise es mir gelang, so viel Glück nach Hinterindien zu bringen, will ich hier erzählen. Es war im Grunde keingroßes Kunststück.

Woo, ein reicher junger Kaufmann von Malakka, der wie jeder Chinese, etwas auf sich hält, in der Heerenstrasse wohnt, wo einst die reichen Holländer residiert haben, besass weder Mutter noch Vater mehr und hatte sich deshalb selbst (ein gewagtes Unternehmen für einen Chinesen) nach einer passenden Braut umgesehen, einem blutjungen Geschöpf aus reichem Hause. Zur Hochzeit waren geladen: ich, ein kleiner Plantagenassistent namens Nickol - und Chinesen ohne Ende. Wir schmauseten vorerst im Hause der Braut: Vogelneestsuppe, Aga-Aga, Haifischflossen, faule Eier und diverse andre Delikatessen. Als Gegengift wurden Brandy und Whisky serviert, und wir hielten uns tüchtig daran: ich und Nickol. Mein Tischnachbar, ein einflussreicher Chinese, dem ich Bescheid tun musste, leerte sein Glas ein ums andre Mal mit einem "Yam sang" (Prosit ex). Mein Kopf begann sich zu drehen, und ich war froh, als wir Gäste das Haus verlassen und, eine Vor- und Nachhut bildend, die Braut (die wie die übrigen Frauen des Hauses von Innenbalkons aus unserm etwas lockeren Treiben zugesehen hatten) unter Fackel- und Raketenglanz nach dem Hause des Bräutigams bringen mussten.

Dort wurden im Schlafzimmer des jungen Paares die Glückwünsche dargebracht. Neben dem couchähnlichen, fast quadratischen Bette, das das Zentrum bildete, stand ein kleines chinesisches Tischchen mit Teetassen, an dem sich Braut und Bräutigam gegenüberstanden, und jedem der Gäste, die zum Gratulationsakt aufmarschierten, ein Tässchen Tee kredenzten.

Die gute alte chinesische Sitte verlangt es indessen, dass der Gratulante, ehe er dem jungen Paar seine Wünsche darbringt, um ihm Glück zu bringen auf seinen Lebensweg, von einem Ende des Bettes zum andern hinüberrollen muss. Das erfordert fünf oder sechs Drehungen, ein gewagtes Unternehmen nach so vielen "Yam sangs". Als die Reihe an mich kam, fing ich am verkehrten Bettende mit dem Rollen an; das heisst, ich machte nur eine halbe Drehung seitwärts und wollte rasch wieder auf meine Beine gelangen. Da kam wie eine Billardkugel Nickol von der andern Seite angeschossen und übertrug seine ganze Bewegungsenergie auf mich. Ich flog aus dem Brautbett, einem jungen Chinesen zwischen die Beine, der eine bombastische Gratulation vor dem Brautpaar an dem Tischchen vortrug. Der Gratulant flog auf den Bräutigam, dieser auf die Braut und sie auf die Tassen. Alles lag kunterbunt auf dem Boden.

Die Braut hatten wir gleich wieder aufgerichtet. Es war ein vierzehnjähriges, weissgepudertes Püppchen, das noch nie unter Männern gewesen war. Sie zitterte am ganzen Leibe. Allmählich kam alles wieder auf die Beine. Ne-

Tassen wurden gebracht, und das Bettrollen und Glückwünschen wurde fortgesetzt. Ich versuchte, mich zu drücken, und schlich nach der Tür. Da packte mich Woo beim Arm. "Verzeihe mir", sagte ich.

"Ich habe dir nichts zu verzeihen", sagte Woo, mich umarmend. "Ich muss dir danken".

"Wofür?" fragte ich erstaunt.

"Für die spassige Szene," sagte Woo. "Man hätte sie nicht besser inszenieren können. Das beste Omen auf einer Chinesenhochzeit ist ein komischer Zwischenfall. Und war der nicht komisch?"

Tatsächlich verbreitete sich nun eine zuversichtliche Stimmung im Brautgemach, und die Braut zitterte nur noch sehr wenig. Und wirklich ist heute Woo der glücklichste Chinese von Malakka. Das verdankt er nur mir, sagt er.

Heinrich Hemmer.

Hoch die Republik!^x

SPD. Sechzig Jahre lang hatten die alten Knochen den hochstirnigen, weisshaarigen Mann begleitet. Sie waren seine Helfershelfer, nicht immer zuverlässige - denn immer noch wirkte manche Bewegung schief oder leer -, nicht immer sehr willige - denn ab und zu zeigten sich verräterische Knoten, die an Gicht denken liessen -, aber treue Helfershelfer. Treu war der ganze Mann Erich Hasselblatt. Treu war er den Wünschen seiner Jugend geblieben; treu diente er der Kunst seit mehr als vierzig Jahren, obwohl sie, die Kunst, ihren Diener nicht immer ernährte; treu war er seiner Vergangenheit, den beiden Frauen, die sein kleines, aber immer nach Grossem sehnstüchtiges Leben mit ihm gelebt hatten und nun, gar nicht weit voneinander, in der Erde schliefen. Und je älter er wurde, der weisshaarige Hasselblatt, umso tiefer befreundete er sich mit der Vergangenheit, mit der Treue, mit den Idealen von einst.

Seine Kollegin Alberta Schwan, mit der er einst vor 30 Jahren in Magdeburg zusammen auf der Bühne gestanden hatte, war noch einmal in ihren alten Jahren an das Rampenlicht des Lebens und der Bühne gerückt worden. Die Schönheit ihrer Runzeln war für die Dauer eines sehr kurzen und recht wehmütigen Ruhmes entdeckt worden. Hasselblatt, neidlos, hatte Alberta, die mit 65 Jahren noch einmal in die Helle der Bühne und des Lebens getreten war, freudig die Hand gedrückt, um dann wieder in sein Hintergrunddasein als Mensch und Schauspieler zurückzutreten.

Doch er verfiel nicht. Er gehörte zu den Alten, die sich über die Anstrengung der Zeit, ihn alt an Jahren machen zu wollen, wundern, und vor allem: die Sehnsucht blieb in ihm wach, die Sehnsucht nach Grösse. Und das hiess hier: gesehen werden. Die alten Knochen nahmen teil an diesem Eifer; man musste ihn zügeln; der Hilfsregisseur beim Film fand in seinem Spiel "zu viel des Guten". Im Theater war der von Erich Hasselblatt dargestellte sechste Bürger oder achte Zigeuner immer ein merkwürdig beweglicher Bürger, ein seltsam aufgeregter Zigeuner.

Manchmal, wenn Erich Hasselblatt zum Zuhörer und Zuschauer des Spiels grösserer und bekannterer Kollegen wurde, überkam ihn die trübe Ahnung von den natürlichen, unüberschreitbaren Grenzen seines Könnens. Die Gnade hatte sich seiner nicht erbarmt; dort stand ein junges Mädchen, schürzte ein wenig die Lippen, - wusste selbst vielleicht nicht, wie - und alle Welt war erschüttert über sie; oder ein junger Mann war da, mit gesenktem Kopf und halb wider Willen gedämpfter Stimme, und das Parkett erstarrte in Bewunderung. Woher hatte er's, der junge Mann? Und wo fehlte es ihm, dem alten, treuen Mimen, der immer zu viel spielte und zu wenig ausdrückte? War er vielleicht zu treu, der alte,

gichtknochige Erich Hasselblatt, der doch einst in Meiningen einen untadligen Brutus und in Stettin sogar einmal den "Faust" gespielt hatte?

Leise spielen, das konnte sich der erlauben, der schon im grellen Scheinwerfer der Publikumsgunst stand; der vom Beifall Umrauschte konnte gut Zurückhaltung im Spiel üben. Was aber nützte Bescheidenheit, das Spiel mit der Lau-losigkeit dem Brutus ausser Dienst, dem pensionierten Dr. Faust aus Stettin, dem nur als menschliches Möbel Verwendung findenden Statisten? Hier musste g-brüllt werden, damit einer aufhorchte!

Doch die Welt frisst zuweilen mit Gleichgültigkeit die lautesten Geräusche! Einmal schon hatte sich Hasselblatt mit einem eigenen Text hervorgewagt mit ein paar vorbedachten Worten, dazu bestimmt, die Aufmerksamkeit auf den Sprecher zu lenken. Jedoch der Text: "Nun hole der Teufel die alten Weiber! Auf dass der liebe Gott die Jugend unter seine Obhut nehme!" - diese von Hasselblatt erfundene Prosa wurde zwar von Hasselblatt in dem Tonfilm "Der Jakobi-nerklub" gesprochen, machte jedoch so wenig Eindruck, dass niemand gegen diese Eigenmächtigkeit protestierte. Der alte Schauspieler, der den Filmbetrieb kannte, wunderte sich noch Wochen danach, warum man ihm diese Dreistigkeit hatte durchgehen lassen. Hatten die oberen Instanzen geschlafen? Oder glaubte vielleicht einer, die beiden wohlzisierten Sätze gehörten zum Stück? Im fertigen Film freilich war Hasselblatts von ihm selbst vorgetragene Dichtung nicht zu finden. Doch man strich ja so viel von dem gedrehten Zeug! Vielleicht hatte man gar nicht seinetwegen die Stelle mit den zwei Sätzen getilgt.

Wer einmal den Brutus - und sei's auch nur in Meiningen - gespielt hat, so gespielt hat wie ihn einst der junge Hasselblatt auf die Bretter stellte, der wird die Schande einer Zeit, die das grösste Wort aus dem politischen Begriffsschatz der Menschheit, das Wort "Republik", mit der Schmutztunke ihres Spottes bedeckt, nie verwinden können. So jedenfalls erging es dem alten Hasselblatt, wenn er die mostrichgelbe Frechheit, die sich für Mut, die auf sich selbst stolze Dummheit, die sich für Charakter hielt, durch die Strassen lämmeln sah oder in der Zeitung lesen musste, dass der Kanzler des Reichs sich schämte, den von ihm verwalteten Staat mit dem Ehrennamen zu nennen, der ihm zukam - dem der Republik. Des Schauspielers Hass flammte auf gegen eine Gegenwart, die sich verächtlich machte vor sich selbst und vor allen Zeiten, die den Namen Vernunft und das Wort Freiheit aus ihrem politischen Begriffsschatz hinausschmiss und das echte Gold republikanischer Würde wegwarf, um einen Kuss auf Generalsstiefel zu drücken und den Nacken vor denen krumm zu machen, die behaupteten, ein Gott habe sie eingesetzt, damit sie dem Volke das Denken ersparten.

Vor wie vielen Spiegeln war sein Auge schon tränenblind geworden, wenn er sich an den Gefühlen seiner Rollen erprobte! Jetzt aber, im unbarmherzigen Spiegel, der sein Altersbild zurückwarf, kamen echte Tränen der Empörung zum Vorschein, Tränen, die kein Brutusspieler, die ein Brutus selbst weinte. Hasselblatt erkannte sich selbst, und indem er sich erkannte, wusste er um die Aufgabe, die ihm bevorstand. Wenige Tage darauf ereignete sich in einem an der Peripherie gelegenen Volkstheater, in dem eine schmalz-, melodien- und uhi-formreiche Operette gespielt wurde, folgender noch nicht dagewesener Zwischenfall: Am Ende des zweiten Aktes, als der Operettengraf von den Operettenscher-gen als Gefangener hinweggeführt wurde - eine Transaktion, die sich aus drama-turgischen Gründen so oder mit geringer Variation in jeder dreiaktigen Operett an dem stets hochdramatischen Schlusse des zweiten Aktes findet -, stürzte ein Soldat nach vorn und rief, den Hut schwenkend, mit einer Stimme, die aus operettenfernen Reichen des grossen Dramas zu kommen schien: "So ergehe es jedem, der unsre Freiheit anzutasten wagt! Hoch lebe unsre freie, unsre un- windbare, hoch lebe unsre deutsche Republik!"

Der alte Statist, der sich so in den Vordergrund gespielt hatte, gegen alle Mächte der Bühne und jenes Theaters, das man "Leben" nennt, erlebte auf

diese Weise einen grossen, vielleicht den grössten Tag seines Daseins. Und er fragte auch beim Verlassen des Theaters nicht danach, ob die Direktion, die am Abend nur kurz Rechenschaft verlangt hatte, ihn am nächsten Tage fristlos entlassen werde. Denn ihm war ja gelungen, was er hatte wirken wollen: Sein Ruf an die Freiheit war nicht unerwidert geblieben. Das Sonntagspublikum, zunächst verdutzt, hatte ihm nach kurzem Besinnen zugejubelt, hatte sein Wort aufgenommen und wiederholt und ihn - was ihm seit 20 Jahren nicht passiert war - nach dem Fallen des Vorhangs zweimal zu sehen gewünscht. Ihn ganz allein, den alten, ausgedienten Schauspieler, der den Mut gehabt hatte, in einer Welt des Rückschritts unaufgefordert, ja, gegen alle Regeln den Schrei der Freiheit auszustossen.

Hellmuth Falkenfeld.

Der Philosoph und die Ente.^x

SPD. Eine köstliche, in Heidelberg spielende Episode aus Ludwig Feuerbachs Leben, die sich wie eine Humoreske liest, berichtet Karl August Mayer, ein Freund des berühmten Heidelberger Anatomen Jakob Henle, in den Erinnerungen aus seiner Jugendzeit. An einem schönen Julitage des Jahres 1845 begaben sich Henle, der Dichter Georg Herwegh, der damals erst 28 Jahre alt war, und Mayer, seines Zeichens Oberlehrer, nach dem Heidelberger Schloss. Sie wollten dort mit Karl von Pfeufer, dem Direktor der Heidelberger Klinik, und dem Philosophen Ludwig Feuerbach, der vorübergehend in der Neckarstadt weilte, und dessen überragende Bedeutung auch die beiden Mediziner willig anerkannten, den Abend verbringen.

Pfeufer sass bei der Ankunft der drei Männer bereits behäbig an einem Garetentisch im Pavillon und war gerade damit beschäftigt, einen Entenbraten zu vertilgen, zu dem er reichlich Gerstensaft genoss. Feuerbach war noch nicht zugegen: er hatte es vorgezogen, erst noch einen kleinen Spaziergang zu machen. Henle, Herwegh und Mayer waren verwundert, ihn nicht anzutreffen, und bestellten sich Rinderbraten. Nach einer geraumen Weile kam Feuerbach zurück: in grauer Joppe und Spitzhut, eher einem Förster als einem Philosophen ähnelnd. Schwiegend nahm er Platz; er schien nicht in der besten Laune zu sein. Als er kurz angebunden Bier und Entenbraten bestellte, sagte Pfeufer zu ihm: "Wenn ich dir raten darf, Feuerbach, so nimm etwas anderes! Ich habe die Hälfte einer herzlich zähen Ente erhalten, und dir wird ohne Zweifel die andre, womöglich noch schlechtere Hälfte zufallen."

"Es ist ja nichts Vernünftiges hier zu haben", murrte der Philosoph. "Ente, Ente!" wiederholte er gegen den respektvoll wartenden Kellner.

"Ich habe das Meinige getan", sagte Direktor Pfeufer feierlich, "und fühle mich frei von jeder Schuld."

"Feuerbach erfreut sich eines kräftigen Gebisses mit besonders stark ausgebildeten Weisheitszähnen", hob Herwegh an, "er wird wohl auch die Ente zermalmen können."

"Es liegt im Charakter der verneinenden Philosophie", pflichtete ihm Henle schmunzelnd bei, "auch praktische Dinge wie einen Entenbraten aus der Welt zu schaffen."

Das Komische war, dass Feuerbach sich über diese harmlosen Neckereien ärgerte und offenbar keine Erwiderung zur Hand hatte. Als nun die bestellte Schüssel kam und der Kellner dienstteifrig bemerkte: "Sie können von Glück sagen, mein Herr: Sie bekommen das letzte Stück Ente, das noch übrig war; es ist von des Herrn Direktors seiner" - da erhob sich an dem Tische der Berühmtheiten ein homerisches Gelächter. "Nun ich das Gericht sehe", stichelte

Henle, "behaufte ich, dass es gar keine Ente ist, sondern irgend ein Natur-schausal, dem man bloss das Aussehen einer Ente gegeben hat."

Indessen schnitt der Philosoph grimmig an seinem Braten herum und kaute verzweifelt an den zähen Stücken des Geflügels. "Elende Wirtschaft! Auch das Bier schmeckt mir nicht!" rief er und schlug mit der Faust auf den Tisch. Erst nachdem er einen feinen Glimmstengel aus der Zigarrentasche des Direktors gezogen und gekostet hatte, begann seine Stirn sich zu entwölken.

Mayer war über Feuerbachs unwirsches, wortkarges Wesen ganz entsetzt. Henle aber zog ihn in einem geeigneten Augenblick beiseite und flüsterte ihm zu, dass diese rauhe Schale das ehrlichste, treueste Herz in sich schliesse. Er hätte, wenn er Feuerbach noch genauer gekannt hätte, wohl hinzugefügt, dass der Philosoph unter den jämmerlichen Verhältnissen im deutschen Vormärz ganz besonders litt.

K.Qu.

Meeresströme wirken auf uns. ^x

SPD. Es ist uns in den Wintertagen eine ganz undenkbbare Vorstellung, dass auch in den kalten Monaten der grösste Teil der Erde nicht die geringste Abkühlung erfahren soll. Und doch ist es so. Gerade der grösste Teil der Ozeane ist ständig ein Warmwasserbecken, das imstande wäre, wie ein ungeheurer Ofen die ganze übrige Erde zu heizen.

In den warmen Erdteilen erwärmt sich das Seewasser an der Oberfläche wirklich ausserordentlich. Als heissester Meeresteil gilt allgemein der Persische Meerbusen, wo das Wasser $34\frac{1}{2}$ Grad annehmen kann. Daneben tritt das Rote Meer mit 32 Grad. Man versuche einmal, in ein Wasser von 32 oder auch nur 28 Grad ohne weiteres hineinzusteigen; das erstere wird verblüffend heiss das andre mehr als lauwarm empfunden. Ich stieg aber ins Rote Meer und fand es empfindlich kühl, erfrischend wie ein Flussbad unter unserm Himmel, denn die Luftwärme war eben noch um 14 Grad höher. Neben diesen Heisswasserbecken sind nun aber auch die zwei arktischen Ozeane vorhanden, die nur mit durchschnittlich 5 Grad kaltem Wasser angefüllt sind.

Dieser Unterschied zwischen dem kalten polaren Wasser und dem 27 Grad warmen Tropenwasser setzt nun ein merkwürdiges Rad des Ausgleichs in Bewegung. Wo eben in der Natur Unterschiede sind, da stellt sich auch der Ausgleich ein. Im Meere nennt man sie Strömungen und hat sie, die unter Umständen mit der ansehnlichen Geschwindigkeit von fast zwei Metern in der Sekunde (schneller als ein Fussgänger!) dahinfließen, schon wegen der Belange der Schifffahrt aufs genaueste erforscht.

Fünf grosse elliptische Strömungen durchziehen den Atlantik, den Stillen und den Indischen Ozean, also die drei eigentlichen Weltmeere. Sie verhindern die Fäulnis, heizen die von ihnen umspülten Festländer wie eine Warmwasserheizung und gleichen die Klimate aus. Sie sind dadurch wahre Sendboten der welterhaltenden Kraft und für alles Leben, nicht zum wenigsten für unser eigenes, von unschätzbbarer Bedeutung.

Für die Europäer kommt von ihnen der Golfstrom in Betracht, ein wunderbar regelmässiger Wasserlauf, der wie ein viele Meilen breiter Fluss im Meere aus dem Meerbusen von Mexiko, wo er erwärmt wird, hervorbricht, zunächst entlang den Vereinigten Staaten bis in die Nähe von Neufundland folgt, dann dort umbiegt und sich in Arme spaltet; von denen der eine zu unserm Glück sich Europa zuwendet. An den Küsten von Irland und Norwegen wirft er oft tropische Samen an die Küsten, als Zeichen seines Ursprunges. Südlich von Spitzbergen aber spaltet er sich in zwei Arme, von denen der eine immer noch die europäischen Nordküsten etwas erwärmt und dadurch die Treibeisgrenze von

ihnen wenigstens in Lappland fernhält. Der andre Zweig verliert seine Wärme zwischen Spitzbergen und Grönland. Dort kehrt der Zug des Wasser um und fliesst als eiskalter ostgrönländischer Strom wieder nach Süden. Am Nordkap von Europa hat das Wasser selbst im Winter noch drei Grad Wärme, und durch den Golfstrom sind alle norwegischen Häfen dauernd eisfrei. Auch nach Süden biegt diese Strömung um und kehrt mit 30 bis 40 Kilometern Tagesgeschwindigkeit in den Golf von Mexiko zurück. Wie ein grosses Rad umfliessen die Wasse das Herz des Atlantischen Ozeans, wo sich jene berühmten Tangwiesen (das Sargassomeer) ansammeln, die den Schiffsfleuten des Columbus den grossen Schrecken einjagten und auch heute noch nicht ganz erforscht sind.

Ob nun die Wärmeunterschiede des Wassers oder jene der Luft, die den Wi erzeugen, die wahren Ursachen der Meerestrift sind - was beides behauptet wird -, Tatsache ist jedenfalls, dass ein solcher mächtiger Wasserstrom von schliesslich vielen tausend Kilometern Breite, der noch im Süden von Neu-Schottland eine Jahreswärme von mehr als 20 Grad besitzt, das Klima unsres Erd teiles, dessen Küsten er von Spanien bis nach Norwegen bespült, auf das nachhaltigste beeinflussen muss. Ohne ihn wäre Europa nicht der blühende Garten der Welt und niemals die Wiege der Zivilisation geworden. Man hat nicht mit Unrecht gesagt, dass wir ohne den Golfstrom in die Eiszeit zurücksinken würden. Schottland, das unter dem gleichen Breitengrad liegt wie Labrador am Kaltwasser wall Amerikas, ist im Jahresdurchschnitt um $12\frac{1}{2}$ Grad Celsius wärmer als jenes. Dass dieser ungeheure Vorteil gewisse kleine Unbequemlichkeiten im Gefolge hat fällt gar nicht ins Ge. icht.

Dort, wo die kalten Strömungen der Polarmeere auf das warme, blaue Band der Golftrift treffen und die schmackhaften Fische des Kaltwassers vor ihm wie vor einem Feuerkreise zurückscheuen, da sammeln sich die Fische auch in so ungeheuren Mengen an, dass der Ort, wo dies geschieht, die sogenannte Neufundlandbank, seit Jahrhunderten der Treffplatz von Tausenden von Fischerbarken und heute von Dampfern ist. Aber auch schon die einfachen Seeleute mit ihrer scharfen Naturbeobachtung haben dort erkannt, dass der Golfstrom der Wettermacher kühl erfrischend wie ein Flussbad unter unserm Himmel und "Sturmkönig" ist. Allerdings treibt ihn selbst ein dort wehender ständiger Westwind nach Europa, aber die in der kalten Luft sich verdichtenden warmen Dämpfe sind die Ursache eines niemals sich bessernden barometrischen Tiefdruckes, der zwischen Island und der Neufundlandbank sitzt, von dichten Nebeln und unaufhörlichen Nebelregen, die jene Region der Erde zur wahren Wasserhölle machen. Aus jenem Hexenkessel stammt das europäische Schlechtwetter. Von dort lösen sich jene berühmten "Minima" ab, die auf regelmässigen Bahnen übers Meer und über unsre Länder wandern als "Wettersturz" und Minderer unsrer Lebensfreude, allerdings auch als wichtige und für die Landwirtschaft nicht zu missende Quelle der regelmässigen Niederschläge, denen unsre Landschaft das heitere Grün, die Wälder und Wiesen den ganzen lieblichen Zauber verdanken, den keiner gegen das Steppenklima eintauschen würde, wie es uns ohne den "Sturmkönig" mit seinem Heer von Wetterstürzen beschieden wäre.

So spricht das warme Wetter ein vernehmliches Wort für jeden Europäer in jede Stunde Sonnenschein und Lebensfreude hinein, deren wir uns erfreuen, und sagt, es sei nur Unwissenheit, wenn jemand noch von der Unabhängigkeit des Menschen von der Natur oder gar von einem Beherrschen der Natur redet.

Dr. R. Francé.

SPD. Dezente Umschreibung.^x "Ich gehe eben in eine Versammlung meiner Gläubiger."

"Reden Sie doch nicht so unfein! Das heisst doch jetzt nur noch Stillhaltekonsortium."

Völkerbünde in alter Zeit.^x

SPD. Die Gründung eines Völkerbundes ist nicht, wie meist vom gegenwärtig bestehenden gesagt wird, eine ganz neuzeitliche Einrichtung. Schon die alten Griechen kannten Völkerbünde in ganz modernem Sinne in der Organisation der sogenannten "Amphiktyyonen", denen in erster Linie die Erhaltung des Friedens in zweiter Linie die Befolgung menschlicher Grundsätze im Kriegsfall oblag. Es waren Vereinigungen ganz verschiedenstämmiger in Griechenland ansässiger Völkerschaften. Später wurden auch die von diesen gegründeten Kolonien in die Bünde einbezogen. Die berühmteste dieser Verbindungen war die delphisch-pylaische, die bei dem berühmten Heiligtum des Apollo zu Delphi ihre Feiern beging. Auch die andern Bünde gruppierten sich um Heiligtümer, und jedes Mitglied musste schwören, dass keine der Bundesstädte "von Grund aus zerstört oder ihr das Wasser abgegraben werden dürfe". Die Hungerblockade war also unerlaubt. Auch den Gedanken eines Schiedsgerichts kannte jene Zeit bereits. Der berühmte griechische Geschichtsschreiber Thukydides (um 400 v. Chr.) spricht von dieser Einrichtung und sagt, es sei gottlos, gegen denjenigen vorzugehen, der bereit sei, einen Streitfall einem Schiedsgerichte zu unterbreiten. Der grosse athenische Redner Isokrates trat dafür ein, dass Frieden mit der ganzen Menschheit geschlossen werden sollte. Auch hier ist also der Gedanke der internationalen Verständigung im weitesten Sinne ausgedrückt. Ueberhaupt geht ja die Idee des Weltbürgertums auf die alten Griechen zurück. Der erste, der sich einen Weltbürger (Kosmopolit) nannte, war der bekannte griechische Weise Sokrates, dem man freilich den Giftbecher reichte.

Aber auch das Mittelalter kannte ähnliche Gedanken. Ein französischer Advokat Dubois hat im Beginn des 14. Jahrhunderts in einer Schrift vorgeschlagen, alle christlichen Staaten sollten in Frieden miteinander leben und Streitfälle einem unter dem Vorsitz des Papstes stehenden Konzil unterbreiten, das aus souveränen Fürsten und Prälaten bestehen sollte. Allerdings fasste man damals diesen Gedanken nicht völlig international auf, sondern beschränkte ihn auf die christlichen Staaten im Gegensatz zu den Türken. Doch auch die christlichen Staaten haben in den folgenden Jahrhunderten diese Friedensgrundsätze vergessen, wie wir schaudernd erleben mussten.

H.L.

SPD. Der Kriminalist.^x Kriminalkommissar G. aus Berlin sass im Café mit einem Bekannten. "Sehen Sie dort den Mann?" fragte er. "Der ist bestimmt unverheiratet, hat keine Kinder, keine Freunde; er ist vollkommen einsam."

"Woher wissen Sie denn das?"

"Er hat sich eben eine Schachtel Zigaretten gekauft und das Sammelbildchen das darin lag, weggeworfen."

SPD. Unentbehrliche Mitwirkung.^x Der jüngere Dumas wurde in Paris bei der Uraufführung seines Schauspiels "Die Kameliendame" lebhaft gefeiert. Sein Vater, der vielgelesene Romanschriftsteller, wurde gleichfalls beglückwünscht: "Welch gewaltiger Erfolg Ihres Sohnes! Nun, wahrscheinlich haben Sie auch bei der Erschaffung des Werkes mitgewirkt?"

"Ich? Gewiss. Ich habe den Verfasser gemacht."
